

N^o 1.

Verhandlungen der Nationalversammlung

Sitzung vom 4. April 1919.

Es fehlten:

Brauns, A. Stiegler, Anna
Sonnemann, E. Bünschmann, B.

Gegenstand der Tagesordnung:

Konstituierung der Nationalversammlung.

Um 4 Uhr 16 Minuten betritt das Mitglied der provisorischen Regierung, Herr Rhein, das Rednerpult und hält folgende Ansprache:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der provisorischen Regierung als die auf Grund eines freien und demokratischen Wahlrechts (Zurufe von links: Hört! Hört!) gewählten Vertreter des Volkes zu begrüßen und willkommen zu heißen. (Zurufe von links.) Als am 6. November vorigen Jahres Ihr Vorgängerparlament, die bremische Bürgerschaft, zum letzten Male in diesen Räumen tagte, da schlugen die Wellen der Revolution bereits mitten in die Verhandlungen hinein. (Zuruf von links: Sie haben sie gelöscht!) Unter dem Druck der nahenden Ereignisse war die Bürgerschaft seiner Zeit bereit, das allgemeine, gleiche Wahlrecht für männliche Staatsangehörige zu gewähren. (Hört! Hört!) Die Revolution ist darüber hinausgegangen: sie hat ein den veränderten ökonomischen Verhältnissen und der durch den Krieg geschaffenen Sachlage völlig angepaßtes Wahlrecht, das längst der Bevölkerung hätte konzediert werden sollen, geschaffen. Die Nationalversammlung ist ein Produkt der erfolgten Umwälzung, die jedem das gleiche Mitbestimmungsrecht verschafft hat, aber auch jedem die Pflicht

zur Mitarbeit auferlegt. (Sehr richtig!) Die Wege zur Mitarbeit sind freigelegt, die hemmenden Schranken sind gefallen. (Sehr richtig! — Zuruf: Belagerungszustand!) Die November-Umwälzung hatte ihren Ursprung in der militärischen Niederlage des deutschen Reiches im Weltkriege, in der krassen Unterscheidung zwischen Offizieren und Mannschaft und in dem militärischen Drillsystem, das das Volkshoer aufs höchste empörte. (Zuruf von links: Wie bei Winkelmann!) Sie war recht eigentlich eine Soldatenrevolution, diese Revolution, der aber die Erhebung des Volkes, das während des Krieges Not und Entbehrungen gelitten hat, auf der anderen Seite aber Wucher und unerhörte Gewinnsucht hatte erleben müssen, auf dem Fuße folgte. (Zuruf von links: Ihr habt das unterstützt!)

Wenn in Bremen die Revolution sich zunächst in ruhigen Bahnen abwickelte, dann aber im Verlauf der Bewegung immer kräftere Formen annehmen konnte, so sind dafür nicht zum wenigsten diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die von jeher sich geweigert haben, dem Volke größere Rechte einzuräumen. (Sehr richtig!) die alle Warnungen und alle aus der wirtschaftlichen Entwicklung sich ergebenden Erfahrungen stets in den Wind geschlagen haben (Sehr richtig!), diejenigen, die sich nicht genug darin tun konnten, wenn vom allgemeinen Wahlrecht die Rede war, den Teufel

an die Wand zu malen und die Darstellung zu frustifizieren, als werde alsdann die Klassenherrschaft von oben durch eine Klassenherrschaft von unten abgelöst werden. (Zuruf: Nicht ganz!) Das war von jeher eine arge Entstellung. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit wird nie dafür zu haben sein, die Grundsätze der Demokratie zu verleugnen; sie wird die Rechte der Minoritäten stets achten (Ra! Ra!) und mit der politischen Macht, wenn sie ihr gegeben sein wird, nicht den Mißbrauch treiben, der bisher ihr gegenüber damit getrieben ist. (Zuruf: Das ist doch stark!) Die befürchtete Klassenherrschaft wird nicht eintreten, (Lachen) sondern die wahre Demokratie wird herrschen. (Sehr richtig!) Die Herrschaft des Volkes (Zuruf von links: Blutherrschaft!) wird zur Wahrheit werden. Wenn zurzeit gewisse Anzeichen dafür sprechen, als werde es einer gewissen Agitation möglich sein, die Herrschaft der Demokratie zu untergraben, (Zuruf von links: Das wird geschehen!), so glauben wir nicht daran. (Zuruf von links: Aber wir!) Wir vertrauen vielmehr dem gesunden Sinn der bremischen Bevölkerung, (Sehr richtig!) insbesondere der bremischen Arbeiterschaft, (Sehr richtig!) daß sie die Gefahren, die unserer Volkswirtschaft und dem Allgemeinwohl daraus entstehen würden, rechtzeitig erkennen und bannen wird, insbesondere sofern eine günstige Wendung der Dinge in der Ernährungsversorgung des Volkes Aussicht bietet, dieser Agitation den einzigen günstigen Nährboden zu entziehen. (Sehr gut!)

Aber mit der politischen Umwälzung ist auch der alte Klassenstaat Bremen zu Grabe getragen worden (Lachen links.), dessen klassenstaatlicher Charakter sich besonders dokumentierte in der Fernhaltung weiter Kreise vom Wahlrecht, in dem Selbstergänzungswahlrecht des Senats und in dem Einfluß der wirtschaftlichen Vertretungen auf Gesetzgebung und Verwaltung, insofern er lediglich den politisch an sich bereits begünstigten Klassen zustand. Dieser Klassenstaat Bremen wird nie wieder erstehen. (Zuruf von links: Ist es schon!) Die freiheitlichen Errungenschaften der Revolution (Zuruf von links) sind der einzige Gewinn, der aus dem Trübsal der Geschichte des deutschen Reiches dem Volke erwachsen ist. Diese Errungenschaften werden auch in Bremen unvergänglich bleiben. Wir haben das Vertrauen zur Nationalversammlung (Zuruf von links: Wir nicht!) und zu der von ihr zu wählenden und zu berufenden Regierung, daß sie die Erfolge der Revolution verfassungsmäßig zu sichern als ihre vornehmste Aufgabe ansehen werden. (Bravo!) Wir sind überzeugt, daß die übergroße Mehrheit des bremischen Volkes auf den Boden des Volkstaates sich stellen und jeder Reaktion von rechts, die den alten Klassenstaat will, wie jedem Versuch von links, das Regiment einer terroristischen Minderheit herbeizuführen, mit aller Energie entgegenzutreten wird. (Lärm links.) „Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz“, das wird in Zu-

kunft die Devise sein und wird die Devise sein müssen, unter der auch Sie, meine Damen und Herren, als die Repräsentanten des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, an Ihre Aufgaben herangehen. (Bravo!)

Und Ihre Aufgabe wird keine leichte sein! Sie sollen die Fundamente legen, auf welchen der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau des neuen Staatsgebäudes erfolgen soll. Wir brauchen neben der neuen Staatsverfassung eine neue Städteverfassung, eine neue Landgemeindeordnung. Notwendig bei der Neuordnung der Dinge wird die Trennung der Staatsverwaltung von der Verwaltung der Stadt Bremen, insbesondere der Staatsfinanzen und der Stadtfinanzen sein. Das sind überaus schwierige Aufgaben, die noch erhöht werden, wenn die Wünsche nach einer Erweiterung unseres Staatsgebietes greifbarere Gestalt annehmen sollten. Diese Wünsche und Hoffnungen haben ihre tiefere Berechtigung. Der Kleinstaat Bremen ist im Interesse des Reiches alle die Jahre hindurch tätig gewesen und hat große Opfer bringen müssen. Er wird berechnete Anforderungen an das Reich um Hilfgewährung für die Zukunft stellen müssen, um so mehr, als kaum ein Staat so sehr unter den Einwirkungen des Krieges gelitten hat als Bremen. Unter den harten Bedingungen des Waffenstillstandes, die die gegnerischen Nationen dem deutschen Reich aufgelegt haben, bedeutet die Auslieferung der Handelsflotte für die bremischen Handelsinteressen einen harten Schlag. Die anfängliche Weigerung der Seeleute, die Flotte bedingungslos auszuliefern, ist zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen, denn nur unter dieser Bedingung war die Anlieferung von Lebensmitteln, die jetzt in Aussicht steht und die das Interesse des Volkes dringend erheischt, zu erreichen. Brot zu schaffen und Arbeit zu fördern, ist aber das vornehmste Gebot der Zeit. Ohne Arbeit sind wir dem Untergange preisgegeben. Die Anforderung, zu arbeiten, muß deshalb an alle gestellt werden. Das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, einem den Zeitverhältnissen angepaßten Arbeiterrecht Geltung zu verschaffen. Auf dem breiten Boden der demokratischen Staatsverfassung gilt es, den wirtschaftlichen Aufbau zu vollziehen. Dabei ist Sorge zu tragen, daß neben der Aufrechterhaltung bisheriger Interessenvertretungen auch eine solche der Arbeiterschaft tritt, die den Arbeitern die Mitwirkung bei der Gestaltung der Produktionsverhältnisse wie den ihnen zustehenden wirtschaftspolitischen Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung sichert. (Sehr gut!)

Aber, meine Damen und Herren, für die endgültige Gestaltung der Verfassung ermangelt es noch einzelner wichtiger Vorbedingungen. Noch sind die Formen der Reichsverfassung nicht feststehend, soweit sie für die Regelung der Dinge in den Gliedstaaten von Einfluß sein werden; noch ist in der räumlichen Abgrenzung der Gliedstaaten keinerlei Entscheidung getroffen, alles ist noch im Flusse. Es wird daher auch

bei uns zu dem Mittel einer Notverfassung gegriffen werden müssen. Eine entsprechende Vorlage hofft die provisorische Regierung Ihnen in der nächsten Sitzung vorlegen zu können.

Auch auf anderen Gebieten, meine Damen und Herren, wird Ihre Arbeitskraft in hohem Maße in Anspruch genommen werden. Wie an das Reich und alle anderen Bundesstaaten, haben die Wirkungen des Krieges auch an Bremen ganz außerordentliche Anforderungen gestellt. Die finanzielle Lage der Zukunft ist keine rosige. Das Staatsbudget für 1919, das der Nationalversammlung demnächst unterbreitet werden wird, dürfte ein ganz außerordentlich hohes Defizit aufweisen. Da wird es Ihre Aufgabe sein, der Finanzlage Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und dafür zu sorgen, daß der Ausgleich im Staatshaushalt herbeigeführt wird. Das wird einen Ausbau unseres Steuerwesens und eine Steigerung der bestehenden Steuern mit sich bringen, wobei das Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Verteilung der notwendig zu tragenden Lasten maßgebend sein muß. Die Lasten werden um so geringer sein, je mehr es gelingt, Handel und Schifffahrt, die Grundlagen des bremischen Wohlergehens, wieder zur Blüte zu bringen. (Beifall. — Ruf von links: Das ist ja reine Kirchturmspolitik!) Dabei mitzuwirken, muß unserer aller Aufgabe und Bestreben sein, damit Bremen im Interesse der neuen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und der Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes sich wieder in den Dienst stellen kann. In noch höherem Maße als bisher werden in aller Zukunft alle Glieder des Volkes dem allgemeinen Interesse dienstbar gemacht werden müssen. Das setzt voraus, daß die Stätten der Bildung und des Wissens dem gesamten Volke in gleicher Weise zugänglich sind. (Sehr gut!) Im neuen Bremen wird jedem Talent, wird allen Intelligenzen Gelegenheit zur Ausbreitung ihrer Kräfte gegeben werden müssen. (Na, na!) Es setzt ferner voraus, daß wir ein wirtschaftliches System anzustreben haben, das allen Gliedern des Volkes an den Kulturgütern und den Erzeugnissen unserer wirtschaftlichen Produktion das gleiche Anrecht gewährt. Das System der privattapitalistischen Ausbeutung, das nicht heute plötzlich, angesichts eines wirtschaftlichen Trümmerhaufens, beseitigt werden kann, muß allmählich, der Entwicklung folgend, dem System der Produktion für die Gemeinwirtschaft weichen. Dann schlägt die Hoffnung auf ein neues, schöneres Gesellschaftsleben erneut empor.

Meine Damen und Herren! Es sind Skizzen der Aufgaben, die Ihrer harren und die Ihre Schaffensfreude zu befriedigen imstande sein dürften, was wir Ihnen geben, kein ausgereiftes Programm, das Ihnen zu unterbreiten Aufgabe der neu zu bestellenden, von Ihrem Vertrauen getragenen Regierung sein muß. Zur Erfüllung dieser Aufgaben, an die Sie mit großer Tatkraft heranzugehen gewillt sind, wünschen wir

Ihnen Glück und Erfolg zum Wohle Bremens, zum Wohle unseres Volkes. (Lebhafter Beifall. Hände klatschen.)

Herr Junge (M.-S.) betritt das Rednerpult: Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ist mitgeteilt, daß ich das älteste Mitglied der gewählten Vertreter hier bin. Ich möchte mir deshalb erlauben, die Frage zu stellen, ob das auf Wahrheit beruht, ob das an dem ist. Wer früher geboren ist als 1841 am 9. April, den bitte ich, sich zu melden, ihm würden alsdann die Geschäfte des Alterspräsidenten übertragen werden müssen. Es meldet sich niemand. Ich nehme also an, daß ich der älteste bin, und erlaube mir, die Funktionen des Alterspräsidenten zu übernehmen.

Ich möchte dann mitteilen, daß mir gesagt worden ist, daß die Bänke, besser gesagt die Tische dort nicht haben fertiggestellt werden können, weil die Tischler gestreikt haben. Das hat sich also nicht ändern lassen. Die Auftraggeber der Arbeiten selbst haben mich gebeten, Ihnen diese Mitteilung zu machen.

Herr Junge nimmt darauf den Präsidentensitz ein und fährt fort:

Sehr geehrte Damen und Herren! Durch die Wahl zum Alterspräsidenten bin ich in der Lage, Ihnen meinen besten Dank auszusprechen und Ihnen gleichzeitig zu sagen, daß es für mich eine sehr große Freude bedeutet, daß ich während meiner Lebenszeit, in den paar Minuten, die ich noch zu leben habe, noch die Ehre habe, in Bremen die erste Nationalversammlung des Bremer Staates zu eröffnen. Wir haben gewiß schwere Aufgaben vor uns, aber immerhin bin ich der Meinung, daß es uns möglich sein wird, mit einigem guten Willen und mit einiger fleißigen Arbeit die vielfachen Geschäfte zum guten Abschluß zu bringen. Wir sollen einen neuen Ausbau der Verfassung vornehmen. Die Gesetzgebung für unsern Staat und die Stadt ist eine andere Angelegenheit, wir sollen neue Gesetze machen und andere umändern, damit sie einer Republik angepaßt werden. Wir haben in Bremen zum ersten Male die Wahlen durch weibliche und männliche Wähler vollzogen, das heißt durch ein gleiches, allgemeines Wahlrecht, wo jeder seine Stimme in die Wagschale legen kann. Daraus ist zu schließen und anzunehmen, daß die Volksvertreter, die von dem Volke durch sein Vertrauen beauftragt worden sind, auch dafür Sorge tragen werden, daß alles für das Volk und alles durch das Volk geschieht. (Sehr richtig!) Zur Erfüllung dieser großen Aufgaben wünsche ich Ihnen den besten Erfolg für diese Arbeit. Lange genug haben wir schwere Zeit erlebt, durchgemacht und durchmachen müssen, so daß schon viele verzweifeln. Aber jetzt ist es anders. Jetzt ist es an uns. Es liegt an uns, durch Gesetze Ordnung und geregelte Verhältnisse zu schaffen, Personen- und Eigentumsicherung zu schaffen, für Handel und Schifffahrt, sowie für eine aufblühende Tätigkeit aller

Geschäftsarten zu sorgen; ebenso auch eine moralische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Bildung für das ganze Volk zu erstreben und zu schaffen. Mit dem Wunsche auf ein gutes Gedeihen unserer Arbeiten eröffne ich die erste Nationalversammlung der Bremer Republik.

Ich bitte Sie nunmehr, Vorschläge für die

Wahl des Präsidenten

zur Nationalversammlung zu machen.

Garves (Dem.): Ich schlage Herrn Richard Dunkel vor.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Alterspräsident: Sind noch mehr Vorschläge zu machen? — Ich höre keine weiteren Vorschläge. Dann können wir wohl die Wahl durch Affirmation vornehmen.

Garves (Dem.): Ich beantrage, Herrn Richard Dunkel durch Zuvuf zu wählen.

Eizen (Komm.): Ich beantrage Abstimmung durch Zettel.

Alterspräsident: Da Widerspruch gegen die Wahl durch Zuvuf erhoben wird, müssen wir selbstverständlich durch Stimmzettel wählen. Ich bitte einige Herren, die Stimmzettel zu verteilen und dann einzusammeln, auch die Zettel zu zählen.

Es wird mir gesagt, es möchten ein paar Schriftführer provisorisch ernannt werden. Ich bitte um Vorschläge. (Zuvuf: Ein paar berufen!)

Herr Garves: Ich schlage Herrn Syndikus Köfing und Frau Bardenheuer vor.

Alterspräsident: Wenn kein Widerspruch erfolgt — bitte ich die beiden, hierher zu kommen.

Ich will noch erwähnen, daß es nicht notwendig ist, den Namen aufzuschreiben, weil bloß einer vorgeschlagen ist. Es genügt, die Nummer 1 aufzuschreiben. Wer einen unbeschriebenen Zettel abgibt, ist nicht dafür.

Die Stimmzettel werden verteilt, eingesammelt und gezählt.

Alterspräsident: Das Resultat der vorgenommenen Wahl ist folgendes: Abgegeben sind 197 Stimmen. Davon erhielt Herr Dunkel 141 Stimmen, 56 weiße Zettel sind abgegeben. Mithin ist Herr Dunkel zum Vorsitzenden der Nationalversammlung gewählt. (Bavol!) Ich bitte Herrn Dunkel, hierher zu kommen und seinen Platz einzunehmen. Ich werde nunmehr die weiteren Geschäfte Herrn Dunkel übergeben. Vorher möchte ich aber noch zum Ausdruck bringen, daß ich nicht umhin kann, der provisorischen Regierung für ihre bisherige Tätigkeit, die es uns ermöglicht hat, die heutige Versammlung, auf die wir wohl viele Hoffnungen setzen können, zu eröffnen, unsern Dank auszusprechen. (Lautes Lachen b. d. Komm.)

Ich bin der Meinung, daß sie diesen Dank wohl verdient hat. (Stürmischer Widerspruch b. d. Komm., Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident Herr Dunkel: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde wohl in Ihrer aller Sinne reden, wenn ich zunächst unsern Herrn Alterspräsidenten für seine Geschäftsführung unsern Dank ausspreche. Wünschen wir ihm, daß er noch manchen Tag in unserm Kreise weilen möge. (Beifall.)

Dann möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, meinen besten Dank aussprechen für das große Vertrauen, welches Sie mir dadurch erwiesen haben, daß Sie mich jetzt auf die erste Stelle in Ihrer Nationalversammlung berufen haben. Meine Damen und Herren! Leichten Herzens übernehme ich diese Stelle nicht. Große Aufgaben stehen uns bevor. Die Herren Vorredner haben dies bereits betont. Sie wollen ferner berücksichtigen: wenn ich auch sieben Jahre lang der alten Bürgerschaft angehört habe, so bin ich doch ein Neuling in den Präsidialgeschäften. Ich bitte darauf Rücksicht zu nehmen, besonders in der ersten Zeit. Ich hoffe aber, wenn ich Ihrer aller Unterstützung habe, daß wir in dieser schweren Zeit auch wertvolle Arbeit leisten können. Ich hoffe, daß unser aller Arbeit zum Wohl unseres lieben Bremen sein wird. (Bravol!)

Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, die Geschäftsordnung vorläufig nach den Bestimmungen der alten bremischen Bürgerschaft zu leiten, natürlich nicht wörtlich, sondern sinngemäß. Zunächst möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren vorschlagen, zur

Wahl von zwei Vizepräsidenten

zu schreiten. Mit Rücksicht auf die neue Geschäftsordnung, die wir Ihnen in der nächsten Zeit vorzulegen beabsichtigen — wozu wir ferner beabsichtigen, für die nächste Tagesordnung der Nationalversammlung Ihnen die Wahl einer Kommission vorzuschlagen — möchte ich Sie heute schon bitten, unsere Vizepräsidenten derart zu wählen, daß nicht wie bisher zwei koordinierte Vizepräsidenten gewählt werden, sondern daß wir einen ersten und einen zweiten Vizepräsidenten wählen. Ich bitte nunmehr um Wortmeldungen, falls gegen diesen meinen Vorschlag Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. Wir schreiten nunmehr zur

Wahl des ersten Vizepräsidenten.

Ich bitte um Vorschläge.

Peine (M.-S.): Ich schlage Herrn Klenke vor. Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Präsident: Weitere Vorschläge erfolgen nicht. Falls kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß Herr Klenke per Affirmation gewählt wird.

Eizen (Komm.): Ich erhebe Widerspruch.

Präsident: Ich bedaure sehr, Ihr Widerspruch kommt zu spät. — Ich bitte Herrn Klenke, den Platz auf dem Präsidium einzunehmen.

Wir schreiten zur

Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Ich bitte um Vorschläge.

Bögeding (U. S.): Ich schlage Herrn Lüdeking vor.

Präsident: Erfolgen weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Wird Widerspruch erhoben?

Eigen (Komm.): Ich beantrage geheime Abstimmung.

Präsident: Es ist geheime Abstimmung beantragt. Ich muß dem stattgeben. Ich bitte deshalb die Damen und Herren, die vorhin mitgearbeitet haben, sich auch diesmal zu betätigen und die Stimmzettel zu verteilen. Es genügt, wenn auf den Stimmzettel Nummer 1 geschrieben wird, da sonst ja niemand vorgeschlagen ist.

Die Stimmzettel werden verteilt, eingesammelt und gezählt.

Präsident: Es sind 191 Zettel abgegeben, davon für Herrn Lüdeking 133, unbeschrieben sind 58. Damit ist Herr Lüdeking gewählt. Ich bitte Herrn Lüdeking, auf dem Präsidium Platz zu nehmen.

Wir kommen zur

Wahl der Schriftführer.

Miller (Komm.) zur Geschäftsordnung: Es ist soeben die Nachricht zu uns gekommen, daß in der Börse 40 bis 50 Soldaten mit Maschinengewehren untergebracht sind. Wenn Herr Rhein von Demokratie und Freiheit spricht, so charakterisiert das die Verlogenheit, mit der hier gearbeitet wird. Wir verlangen, daß die Soldaten sofort entfernt werden. (Große Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Herr Miller, Sie haben sich eben des Ausdrucks „Verlogenheit“ gegen die provisorische Regierung bedient. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. Im übrigen möchte ich zu Ihren Ausführungen bemerken, daß es nicht unsere Sache ist, was an andern Stellen vor sich geht. Wir haben einzig und allein hier in diesem Saale unsere Verhandlungen zu führen und haben uns nicht um die Außenwelt zu kümmern. (Lachen und Zurufe bei den Kommunisten: Das ist sehr bezeichnend!) Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Wahl der Schriftführer. (Fortgesetzte Unruhe. Zurufe.)

Miller (Komm.) zur Geschäftsordnung: Wir verlangen, daß über meinen Antrag abgestimmt wird. Was sollen die Soldaten da unten?

Präsident: Meine Damen und Herren! Es ist hier der Antrag gestellt worden, die 40 bis 50 Sol-

daten, die sich, wie berichtet wird, im unteren Börsensaale befinden, zu entfernen. Ich glaube nicht, daß es unsere Sache ist, uns um die Soldaten zu kümmern. Um aber dem Antrage stattzugeben, bitte ich diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben.

Senke (U. S.): Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident: Es tut mir leid, ich kann Ihnen das Wort jetzt nicht geben. Wir befinden uns bereits in der Abstimmung.

Senke (U. S.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß, wenn er sich nach einer Geschäftsordnung richtet, wie sie früher hier bestanden hat, er über einen solchen Antrag zur Geschäftsordnung die Debatte eröffnen muß. Das hat er nicht getan, sondern er hat gleich die Abstimmung vornehmen lassen wollen.

Rhein (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegt ein Antrag vor, zu dem die Dringlichkeit nicht beantragt ist und der deshalb nur auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden kann. Wenn die Dringlichkeit beantragt wird, so muß über die Dringlichkeit abgestimmt werden.

Donath (M.-S.): Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir jetzt uns innerhalb einer Abstimmung befinden. Infolgedessen kann ein derartiger Antrag jetzt nicht gestellt werden, sondern erst nachher.

Präsident: Tatsache ist, daß wir uns in einer Abstimmung befinden (Widerspruch), bei der Wahl der Schriftführer, da können wir nicht ohne weiteres über diesen Antrag abstimmen, das ist ausgeschlossen.

Senke (U. S.): Wir befinden uns nicht in einer Abstimmung, sondern in einem Wahlgeschäft. Das Wahlgeschäft wird allerdings durch Abstimmung vorgenommen. Es ist aber nicht in dem Moment, als der Antrag gestellt wurde, eine Abstimmung vorgenommen worden. Mithin ist der Antrag zulässig. Ob über den Antrag jetzt verhandelt werden soll, darüber wird in einer Geschäftsordnungsdebatte zu reden sein, also darüber, wann der Antrag materiell verhandelt werden soll. Ich muß aber dagegen protestieren, daß der Herr Präsident darüber hinweggeht. Ich hoffe, der Herr Präsident hat nur bei der Neuheit des Geschäfts einen Fehler gemacht. Ich hoffe, daß das nicht wieder kommt. (Weiterkeit.)

Präsident: Nach Erledigung der Wahl werden wir auf den Antrag zurückkommen. Wir sind uns darüber einig, daß fünf anstatt vier Schriftführer gewählt werden. Der Wunsch, fünf Schriftführer zu wählen, ist deshalb geäußert, weil wir derzeit in der Nationalversammlung fünf große Parteien haben. Wer wünscht dazu das Wort? (Große Unruhe. Zurufe von links.)

Henze (U. S.): Werte Versammlung! Es ist der Antrag zur Geschäftsordnung gestellt worden, das Wahlgeschäft nicht weiterzuführen, bis der Antrag erledigt ist, bis die Soldaten entfernt sind. Wenn das nicht die Absicht des Antrages wäre, hätte er keinen Sinn. Es soll festgestellt werden, ob die Soldaten vielleicht zur Bewachung oder zum Schutz der Nationalversammlung dienen. Darüber müssen wir Klarheit haben, und es kann auch leicht diese Klarheit geschaffen werden. Jedenfalls ist der Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, und es ist unmöglich, die Geschäfte weiterzuführen, ehe die Frage erledigt ist, was mit diesem Antrage geschehen soll. Das wird die Aussprache ergeben. Der Präsident versucht, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Das überschreitet seine Befugnisse. Ich bin mit meinen Freunden der Meinung, daß der Antrag zur Abstimmung gebracht werden muß. Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Miller (Komm.): Ich beantrage für den Antrag die Dringlichkeit.

Bedé (Dem.): Wir befinden uns mitten in einem Wahlakt. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Wahlakt durch einen derartigen sachlichen Antrag unterbrochen wird. Der Präsident erklärt, daß der Antrag nach Abschluß des Wahlgeschäfts zur Erledigung kommen soll. Ich halte es für durchaus richtig, daß nach diesem Vorschlage des Präsidenten verfahren wird.

Lindau (U. S.): Der Vorredner scheint eine geordnete Geschäftsführung nicht zu kennen. Nach der Geschäftsordnung ist es zulässig, mitten in der Wahlhandlung einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, und wenn das unterstützt wird, so hat der Präsident die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, darüber verhandeln zu lassen. Wir von den U. S. und den Kommunisten halten es für eine Pflicht, daß dem Antrage stattgegeben werde, und ich ersuche, danach zu verfahren.

Henze (U. S.): Ich bleibe dabei, daß es ein Geschäftsordnungsantrag ist, über dessen Behandlung das Präsidium die Entscheidung herbeizuführen hat. Wenn ein Geschäftsordnungsantrag gestellt wird, so muß er zunächst erledigt werden. Wenn die Dringlichkeit des Antrages nicht beschloffen wird, kann der Antrag heute nicht zur Beratung kommen, aber über die Frage, ob er sofort verhandelt werden soll oder nicht, muß gleich entschieden werden. Ich bitte den Präsidenten, seinen Widerstand aufzugeben, dadurch ist die Sache am leichtesten aus der Welt zu bringen.

Winkelmann (M. S.): Meine Damen und Herren! (Rufe von links: Der Kriegsminister!) Als erster Punkt ist „Wahl des Präsidiums“ auf die Tagesordnung gestellt. Es hat sich auch kein Widerspruch dagegen erhoben. Wir sind in die Beratung des Punktes eingetreten, und es kann selbstverständlich eine andere

Sache nicht zur Beratung gestellt werden, bevor nicht dieser Punkt der Tagesordnung zum Abschluß gebracht ist. Ich möchte deshalb den Präsidenten ersuchen, in der Erledigung der Tagesordnung, dieses ersten Punktes, fortzufahren und nachher den Antrag zur Beratung zu stellen.

Eigen (Komm.): Wir wollen wissen, warum und zu welchem Zwecke in dem Gebäude, in dem die Bremer Nationalversammlung tagt, Gerstenberger, die einen üblen Geruch mitbringen, einquartiert sind. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt. (Zurufe.) Ich spreche zur Geschäftsordnung! Aus diesem Grunde heraus haben wir geschäftsordnungsmäßig beantragt, die Verhandlung solange auszusetzen, bis wir erfahren haben, warum in diesem Hause Gerstenberger einquartiert sind. Wir wollen wissen, warum wir hier mit Maschinengewehren bedroht werden. (Lachen.)

Wenholt (Dem.): Die Herren von der Linken haben einen Antrag gestellt, der kein Antrag zur Geschäftsordnung ist, sondern ein sachlicher Antrag. Sachliche Anträge können erst nach Erledigung der Tagesordnung gestellt werden. Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, in der Wahlhandlung fortzufahren.

Miller (Komm.): Ich habe den Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, und ich möchte bitten, ihn zur Verhandlung zu stellen. Drüben am Rathaus ist heute die rote Fahne heraufgehängt; diese rote Fahne müßte ja vor Scham erbleichen, wenn auf unseren Antrag nicht eingegangen würde. (Heiterkeit. Zurufe.) Nein, wir haben keine Angst, Angst besteht Ihrerseits! Darum haben Sie die Soldaten hereingeführt! Wir verlangen, daß über unseren Geschäftsordnungsantrag abgestimmt wird.

Klawitter (U. S.): Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende sagte vorher, was unten im Gebäude vor sich gehe, kümmere uns nicht, wenn nur hier nichts geschehe, das wäre etwas anderes. Ich meine, das ist gar kein Unterschied: ob die Gerstenberger hier oder eine Etage tiefer sind, das ist dasselbe. (Sehr richtig!) Für mich ist die Sache dieselbe: die Truppen müssen abziehen, ob sie hier oder etwas tiefer sind.

Miller (Komm.): Zur Geschäftsordnung!

Präsident: Ich bedaure, Sie haben schon dreimal zu dieser Sache gesprochen.

Miller (Komm.): Ich bitte zur Geschäftsordnung!

Präsident: Ich bedaure, Ihnen das Wort nicht mehr geben zu können.

Bögeding (U. S.): Meine Damen und Herren! Wenn Sie selber vor aller Öffentlichkeit zeigen wollen, daß Sie gewillt sind, mit den Leuten in Verbindung zu treten, die dieses Gebäude besetzt halten, und wenn

Sie über unseren Antrag zur Tagesordnung übergehen, so bringen Sie damit zum Ausdruck, daß dies kein Volksparlament ist. (Zurufe.) So ist es und nichts anders. Ein Volksparlament braucht sich nicht durch Maschinengewehre und Handgranaten schützen lassen.

Garves (Dem.): Meine Damen und Herren! Die Gerstenberger, wie sie von der äußersten Linken bezeichnet werden, sind gar keine Gerstenberger, sondern Regierungstruppen zum Schutze der Ordnung, die wir hier verlangen müssen. Des weiteren bemerke ich, daß diese Truppen schon immer in diesem Gebäude gewesen sind, und daß gar kein Grund vorliegt, sie jetzt, während wir zufällig hier tagen, aus dem Gebäude zu entfernen. Sie sind seit Wochen hier immer einquartiert gewesen, und sie sollen hier bleiben.

Präsident: Bevor ich Herrn Rhein das Wort erteile, teile ich mit, daß Herr Miller seinen den Antrag auf Dringlichkeit zurückgezogen hat. Ich denke, daß die Debatte dadurch verkürzt wird, da nun der Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln ist. (Widerspruch.)

Rhein (M. S.): Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Es kann in keiner Weise durch die Abstimmung über diesen Antrag zum Ausdruck kommen, ob wir ein Volksparlament sind oder nicht. In jedem Parlament muß Ordnung herrschen. (Zuruf von links: Mit Maschinengewehren!) Diese Ordnung, die hier herrschen soll, ist vorhin auch von der äußersten Linken anerkannt. Die Ordnung wird bestimmt durch die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft, die für die Nationalversammlung provisorisch zur Anwendung gebracht werden soll. Nach dieser Geschäftsordnung besteht nicht die Möglichkeit, daß bei einem Punkt der Tagesordnung ein sachlicher Antrag, der damit nicht in Verbindung steht, eingebracht und darüber sofortige Abstimmung verlangt wird. Um einen solchen Antrag handelt es sich hier, nicht um einen Geschäftsordnungsantrag. (Sehr richtig!) Wenn dem Verlangen Folge gegeben werden sollte, so wäre die einfache Konsequenz: es könnte bei einem beliebigen Gegenstande irgend ein sachlicher Antrag gestellt und verlangt werden, daß darüber bei dieser Gelegenheit abgestimmt wird. Das ist schlechterdings nicht möglich. Dieser sachliche Antrag hat mit unseren Verhandlungen gar nichts zu tun. Es ist da wohl ein Unterschied zu machen. Wenn unsere Verhandlungen im Saale durch irgend etwas gestört würden, so könnte es sich darum handeln, dieses Störende fortzuschaffen oder zu beseitigen. In diesem Saale befindet sich aber nichts, was unsere Verhandlungen stört. (Widerspruch links. Schlußrufe.) Wenn die Herren wissen wollen, warum die Soldaten im Börsegebäude untergebracht sind, so können sie es erfahren bei der Verhandlung über den Antrag, wenn die Wahlen beendet sind. (Schlußrufe.)

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Eichen, Lindau und Henke. Herr Miller, Sie haben bereits dreimal zu dieser Sache gesprochen, ich kann Ihnen das Wort dazu nicht mehr geben. — Ich bitte diejenigen, die über den Schluß sprechen wollen, sich zu melden.

Lindau (M. S.): Sollte die Mehrheit sich für den Schluß der Debatte erklären, so würden wir vielleicht die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. (Zuruf: Das würden wir von Herzen begrüßen!) Wir verzichten auf einen derartigen Schutz durch Maschinengewehre und Handgranaten. Herr Garves irrt: die Truppen sind nicht schon immer in diesem Hause gewesen, sondern vor einer Viertelstunde unter Führung eines Leutnants hier eingezogen.

Präsident: Ich möchte Sie bitten, über den Schluß zu sprechen.

Lindau: Ich erlaube Sie, nicht Schluß zu machen.

Hobelman (Landeswahlverband): Alle Gesichtspunkte sind genügend erörtert. Die Sache ist genügend geklärt, ob es sich um einen Antrag zur Geschäftsordnung oder um einen sachlichen Antrag handelt. Und weil die Ansichten über den Charakter des Antrages geklärt sind, halte ich eine weitere Debatte für überflüssig.

Winkelman (M. S.): Zur Aufklärung des Tatsächlichen! (Unruhe. Fortgesetzte Zurufe von links.) Zur Aufklärung des Tatsächlichen erlaube ich mir nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung das Wort zu nehmen. Ich fühle mich veranlaßt, auf die ungeheuerlichen, mit nichts begründeten Angriffe, daß der Sitzungssaal durch Handgranaten und Militär abgeschlossen sei, folgendes zu sagen. (Ruf von links: Der Kriegsminister bittet um Ruhe, Röske II!) Die Regierungsschutztruppe, die hier im Hause untergebracht ist, befindet sich seit Bildung der Regierungsschutztruppe hier in den Räumen der Börse. Wenn vor einer Viertelstunde hier einzelne Mannschaften Eingang in den unteren Sitzungssaal gefunden haben (Zuruf von links: Ein ganzer Zug!), so kann das nur darauf zurückzuführen sein, daß eine Ablösung vorgenommen worden ist. Regierungsseitig — das will ich betonen — ist nichts unternommen worden, um den Sitzungssaal der Börse durch Militär abzusperren, noch die einzelnen Abgeordneten zu bedrohen, und die gegenteiligen Behauptungen sind unwahr. (Bravo!)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß.

Der Antrag auf Schluß wird angenommen. (Zurufe von links.)

Präsident: Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob über diesen Antrag sofort oder erst verhandelt werden soll, nachdem die Wahlen beendet sind. (Zuruf von

links: Das stimmt nicht! Ich bitte um's Wort! Miller (Komm.): Zur Geschäftsordnung! Wer dafür ist, daß über den Antrag erst verhandelt werden soll, nachdem wir die Wahlhandlung beendet haben, den bitte ich, aufzustehen. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir fahren fort in der Wahlhandlung. Ich hatte vorgeschlagen, fünf Schriftführer zu wählen, mit Rücksicht darauf, daß fünf große Fraktionen in der Bürger-schaft sind. Ich bitte, dazu Stellung zu nehmen, ob Sie damit einverstanden sind, daß fünf anstatt vier Schrift-führer gewählt werden. Falls kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind. Wider-spruch wird nicht erhoben, ich nehme also an, daß Sie mit dem Vorschlage einverstanden sind. Ich bitte um Vorschläge.

Dr. Gildemeister (L. B. B.): Ich schlage Herrn Hagemeyer vor.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Garves (Dem.): Ich schlage Herrn Syndikus Köfing vor.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Peine (M. S.): Ich schlage Frau Bardenheuer vor.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Bögeding (U. S.): Ich schlage Herrn Klawitter vor.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Präsident: Erfolgt kein weiterer Vorschlag?

Otto (?) (Komm.): Ich möchte bitten, auf unsere Fraktion keine Rücksicht zu nehmen. Wir verzichten auf einen Schriftführer.

Dr. Gildemeister (L. B. B.): Findet zu-nächst die Wahl des ersten Schriftführers statt?

Präsident: Es wird kein Unterschied gemacht, die Schriftführer werden zusammen gewählt.

Dr. Gildemeister (L. B. B.): Dann schlage ich noch Herrn Hobelmann vor.

Präsident: Der Vorschlag, fünf anstatt vier Schriftführer zu wählen, ging von der Provisorischen Regierung aus. Er wurde damit begründet, daß ge-sagt wurde, es solle auf jede Fraktion Rücksicht genom-men werden. Wenn nun eine Fraktion auf einen Schriftführer verzichtet, ist es wohl gerechtfertigt, nur vier Schriftführer zu wählen. Wenn ich keinen Wider-spruch höre, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß unter diesen veränderten Umständen nur vier Schriftführer gewählt werden. Es erhebt sich kein Widerspruch. Es werden also nur vier Schriftführer gewählt. Ich möchte Herrn Dr. Gildemeister bitten, seinen Antrag zurückzuziehen. (Geschlecht.) Ich möchte vorschlagen, die vier Schriftführer: 1. Herrn Hage-meyer, 2. Herrn Syndikus Köfing, 3. Frau Barden-heuer und 4. Herrn Klawitter, in einem Wahlgange

und zwar durch Akklamation zu wählen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit sind die Vorgeschnenen zu Schriftführern gewählt. Herr Syndikus Köfing und Frau Bardenheuer haben bereits im Präsidium Platz genommen. Sie sind wohl damit einverstanden, daß sie heute diesen Platz behalten.

Wir kommen dann zur

Wahl des Archivars.

Ich bitte dafür um Vorschläge.

Peine (M. S.): Ich schlage Herrn Sonnemann vor.

Der Vorschlag wird genügend unterstützt.

Präsident: Werden weitere Vorschläge ge-macht? Das ist nicht der Fall. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Herr Sonnemann damit gewählt ist.

Eigen (Komm.): Es wird Widerspruch erhoben.

Präsident: Es tut mir leid, Sie hätten sich früher zum Wort melden sollen. (Zuruf: Das ist vorher geschehen!) Ich bitte Herrn Sonnemann, den Platz des Archivars einzunehmen. (Zuruf: Herr Sonnemann ist heute nicht da!)

Damit ist der Punkt der Tagesordnung: „Konsti-tuierung der Nationalversammlung“ erledigt.

Es liegen zwei Anträge vor, über die wir heute beschließen müssen, ob sie heute noch verhandelt werden sollen. Es sind zwei

Dringlichkeitsanträge.

Ich will sie in der Reihenfolge, wie sie gestellt sind, zur Verhandlung stellen. Der erste Antrag ist von der Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands und den U. S. Bremen gestellt. (Zuruf von links: Spar-takusbund!):

„Die bremische Konstituante beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung:

1. Der über Bremen verhängte

Belagerungszustand

wird sofort aufgehoben

2. Die Pressefreiheit wird sofort wieder restlos her-gestellt.“

Zunächst, meine Damen und Herren, möchte ich fragen, ob der Antrag auf Dringlichkeit genügend unterstützt wird. Wir können heute über den Antrag nur verhandeln, wenn mindestens die Majorität der ge-zeigten Anzahl der Vertreter als einer über die Hälfte, 101 Mitglieder der Nationalversammlung dafür sind. (Zuruf von links: Das geht nicht!) Ich er-öffne die Debatte über die Frage der Dringlichkeit.

Miller (Komm.): Meine Damen und Her-ren! Wir erwarten von diesem Parlament nicht allzu viel, aber so viel erwarten wir doch, daß Sie die Dringlich-

keit dieses Antrages anerkennen. Es ist eine Schande für das Parlament, daß es unter dem Belagerungszustand zusammentreten muß. (Sehr richtig!) Es ist eine Schande: wenn man über die Straßen geht, dann sieht man Patrouillen über Patrouillen laufen, man sieht Soldaten in Begleitung von Stadtwehrsoldaten mit aufgepflanztem Bajonett in der Nacht. Es mutet einem an, als ob wir mitten im Kriege wären. Und das Schlimmste bei der ganzen Sache ist, daß der Belagerungszustand, der von der sozialistischen Regierung verhängt ist, sich nicht etwa, wie man annehmen sollte, gegen die Bourgeoisie, gegen das Kapital richtet, sondern daß diese Einrichtung unserer sozialistischen Regierung sich gegen die arbeitenden Klassen richtet. Sie haben das Recht verwirkt. Es wird der Tag kommen, wo Sie sich selbst schämen werden, die Mehrheitssozialisten. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit zu beschließen.

Winkelmann (M.-S.): Nachdem wir die Begründung des Dringlichkeitsantrages entgegengenommen haben, habe ich namens der provisorischen Regierung eine Erklärung abzugeben.

„Obwohl es immer noch Personengruppen gibt, die mit Gewaltmitteln ihre politische Anschauung zur Geltung bringen wollen, stehen wir doch nicht an, zu erklären, daß über die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes sich reden läßt. Wir vertreten aber die Ansicht, daß wir in dieser Frage der neu zu bildenden Koalitionsregierung nicht vorgreifen können (Hört, hört!) und wollen dieser daher die Entscheidung überlassen.“ (Bravo! Ruf von links: Die Bourgeoisie soll entscheiden!)

Denke (U. S.): Meine Damen und Herren! Es handelt sich um die Frage der Dringlichkeit. Es kann darüber kein Zweifel obwalten, daß in dem Moment, wo die Nationalversammlung zusammengetreten ist, wo eine neue provisorische Regierung gewählt werden soll, sehr wohl der Zeitpunkt gekommen ist, in dem über das weitere Bestehen des Belagerungszustandes befunden werden kann. Der Ort, wo am allerehesten und am kompetentesten darüber befunden werden kann, ist der Ort, an dem wir uns heute hier befinden: die Nationalversammlung. Die Nationalversammlung sollte es für eine Ehrenpflicht ansehen, in diesem Moment diesen Antrag anzunehmen und damit eine Frage aus der Welt zu schaffen, die seit Monaten sehr viel böses Blut gemacht hat und selbstverständlich auch weiter böses Blut zu machen in der Lage ist. Wenn Herr Winkelmann für die provisorische Regierung erklärt hat, daß sie uns erlaubt, zu diesem Antrage zu reden, so ist uns das ziemlich Wurscht, ob uns die provisorische Regierung dieses Recht gibt oder nicht, denn der Belagerungszustand erstreckt sich nicht über die Redefreiheit der Nationalversammlung; es ist nicht in ihre Gewalt gegeben, uns den Mund zu verbieten, wenn über eine

solche Frage geredet wird. Es kann kein Zweifel obwalten, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo wir über diese Frage zu befinden haben. Es ist ja auch wahrscheinlich, daß die Freunde des Herrn Winkelmann, wenn eine andere Koalition zustande gekommen wäre in Bezug auf die Arbeitsgemeinschaft in diesem Hause, hier mit uns eingetreten wären für die Aufhebung des Belagerungszustandes. Und ich kann nicht annehmen, daß nun, da diese Koalition nicht zustande gekommen ist, die Herren von den Mehrheitssozialisten gegen den Antrag sein werden, ihre Meinung von einem Tage zum andern geändert haben werden, um so mehr, weil eine hohe Regierung die Erlaubnis gegeben hat, einer anderen Meinung zu sein als sie selbst. (Heiterkeit.) Wir sollten eine neue Regierung eben nicht einsetzen, während der Belagerungszustand noch besteht, sondern wir sollten reine Bahn schaffen, die jeder Regierung zu wünschen ist, und die sie nach meiner Meinung auch verlangen kann. Meine Freunde wären nicht in eine Regierung eingetreten, die auf Grund des Belagerungszustandes oder während dessen Bestehen gebildet worden wäre. Das war eines der Haupthindernisse für uns, mit den Mehrheitssozialisten zu einer Arbeitsgemeinschaft zu kommen. Ich nehme an, daß auch keine andere Regierung sich bilden kann, während der Belagerungszustand noch besteht. Wenn dennoch eine Regierung zustande kommt, obwohl der Belagerungszustand besteht, dann bleibt natürlich nur der Schluß übrig, daß die Mehrheitssozialisten mit dem Belagerungszustand einverstanden sind. Es ist übrigens selbstverständlich die Dringlichkeit gegeben. Der Belagerungszustand hat doch gar keinen Zweck mehr. Wir leben doch nicht mehr in einem Deutschland, wo irgend ein General sich anmaßen konnte, in seinem Befehlssbereich die ganze Bevölkerung unter einen Ausnahmezustand zu bringen. (Zurufe: Es! Standrecht!)

Präsident: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie nur zur Dringlichkeit des Antrages das Wort haben.

Denke (U. S.): Ich bin keinen Augenblick davon abgewichen. Es ist selbstverständlich dringlich in diesem Augenblick, über diesen Antrag zu befinden, da kein Anlaß mehr vorliegt, einen solchen Zustand aufrecht zu erhalten. Deshalb bitte ich den Antrag anzunehmen. Meine Freunde werden jedenfalls für ihn stimmen.

Dr. Böhmert (Dem.): Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner politischen Freunde möchte ich die Nationalversammlung bitten, die Dringlichkeit zu verneinen. Nach unserer Auffassung gibt es augenblicklich nur eine dringliche Aufgabe für die Nationalversammlung, und das ist die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände. Erst wenn wir eine Regierung haben, die auf Grund des allgemeinen Vertrauens gewählt ist, und die uns verantwortlich ist, erst

dann ist die Zeit gekommen, um an die Lösung der übrigen innerpolitischen Angelegenheiten heranzugehen. Wenn wir erst eine solche verantwortliche Regierung haben, dann kann diese Regierung schnell und gründlich alle diejenigen Momente untersuchen, die auch für diese Frage in Betracht kommen. Bevor eine solche Regierung vorhanden ist, können wir uns meines Erachtens über diese Frage nicht weiter unterhalten.

Stodhinger (Komm.): Meine Damen und Herren! Ich war überrascht zu hören, daß man der neu zu bildenden Regierung nicht vorgreifen dürfe. Es hätte ehrlicher gesagt werden sollen, daß man dem Herrn Major Caspari nicht vorgreifen dürfe. (Weiter.) Der Belagerungszustand ist nicht mehr nötig, und ich ersuche Sie deshalb: stimmen Sie dem Antrage auf Dringlichkeit zu. Ich erinnere Sie an den Ausspruch eines berühmten Staatsmannes: mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren!

Eizen (Komm.): Werte Versammlung! Es ist hier von dem Herrn Kriegsminister Winkelmann eine Rede gehalten worden. Ich sage Ihnen, daß die Arbeiter Bremens dringlich von Ihnen verlangen, den Belagerungszustand aufzuheben. Und aus diesem Grunde sind die Kommunisten der Ansicht, daß heute darüber verhandelt werden muß, ob Sie den Belagerungszustand aufheben wollen oder nicht. (Lachen.) Es ist eben gesagt worden: mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren. Ich muß hinzufügen, daß nicht nur jeder Esel, sondern auch jeder Mörder mit dem Belagerungszustand regieren kann. (Unruhe.) Beschließen Sie heute nicht die Dringlichkeit, dann werden Sie wohl noch einmal vor den Bremer Arbeitern zittern müssen. (Lachen.)

Peine (M.-S.): Im Hinblick auf die Erklärung der provisorischen Regierung lehnt meine Fraktion die Dringlichkeit ab. (Hört! Hört!)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zur Abstimmung. Diejenigen, die für die Dringlichkeit der Besprechung sind, bitte ich, sich zu erheben. (Geschlacht.) Der Antrag auf Dringlichkeit ist abgelehnt. (Bravo!) Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. (Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe.

Eizen (Komm.): Ich bitte um die Gegenprobe!

Präsident: Wenn das Präsidium einstimmig der Ansicht ist, daß der Antrag abgelehnt ist, dann braucht keine Gegenprobe gemacht zu werden.

Klawitter (U. S.): Die Meinung des Herrn Präsidenten trifft nicht zu. Wir haben dafür gestimmt, aber der Herr Präsident weiß doch gar nicht, wer dagegen gestimmt hat, denn es brauchten doch nicht alle zu stimmen.

Präsident: Es müssen doch 101 Mitglieder dafür gestimmt haben, wenn die Dringlichkeit beschlossen sein sollte. (Widerspruch.) Sie wollen doch nicht behaupten, daß 101 Mitglieder aufgestanden sind?

Miller (Komm.): Das Verfahren des Herrn Präsidenten ist nicht richtig. Wir haben hier für diesen Antrag gestimmt, ich nehme aber an, daß unter der Partei der Mehrheitssozialisten noch Arbeiter sind, die ein klein wenig Anstandsgefühl besitzen und sich der Stimme enthalten haben.

Rhein (M.-S.) zur Geschäftsordnung: Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind allerdings eine Partei, die Anstandsgefühl genug besitzt, um jedem zu seinem Rechte zu verhelfen, aber auch eine Partei, die dafür eintritt, daß eine geschäftsordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Hauses vor sich geht. Es ist den Herren von dem Herrn Präsidenten gesagt worden, daß bei Dringlichkeitsanträgen 101 Stimmen, das ist eine mehr als die Hälfte, für die Dringlichkeit eintreten müssen, wenn sie beschlossen sein soll. Das entspricht genau der Geschäftsordnung der alten bremischen Bürgerschaft, die der Herr Präsident zugrunde legen zu wollen von Anfang an erklärt hat, und dagegen ist kein Widerspruch erhoben worden. Ich meine also, daß, wenn einmal in einem Parlament eine Geschäftsordnung gelten soll, man sich ihr auch fügen muß, sonst ist dem Präsidenten das Arbeiten unmöglich.

Präsident: Wir kommen zu dem zweiten Dringlichkeitsantrage, der dahin lautet, ob darüber verhandelt werden soll, daß jetzt die 40 oder 50

Soldaten, welche sich unten in der Börse befinden, entfernt werden. Ich bitte zunächst diejenigen, sich zu melden, die für die Dringlichkeit reden wollen. Wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, dann ist es doch wohl klar, daß es gar keinen Zweck hat, darüber zu verhandeln. Aus diesem Grunde glaube ich, daß wir darüber abzustimmen haben, ob wir darüber verhandeln wollen oder nicht. Ich möchte zunächst die Herren bitten, sich zu melden, die für die Dringlichkeit reden wollen. (Zuruf: Die Dringlichkeit ist doch zurückgezogen!)

Senke (U. S.): Meine Damen und Herren! Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht vorhin der Antragsteller selbst den Dringlichkeitsantrag zurückgezogen hat. Es besteht also lediglich der sachliche Antrag noch.

Präsident: Damit kommt der Antrag in der nächsten Sitzung zur Verhandlung.

Miller (Komm.) zur Geschäftsordnung: Ich habe den Antrag auf Dringlichkeit zurückgezogen, weil ich annahm, daß über einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag mitten in der Geschäftsordnungsdebatte hätte abgestimmt werden müssen. Der Herr Präsident hat diesen Antrag durchaus unrichtig behandelt. Es ist erst zur Geschäftsordnung gesprochen, dann haben zwei Her-

ren zur Sache gesprochen für den Antrag, und dann ist die Geschichte abgelehnt worden. Ich bin also der Meinung, daß über den Antrag abgestimmt werden muß auch ohne Dringlichkeit. Um nicht eine zweimalige Abstimmung herbeizuführen, habe ich die Dringlichkeit zurückgezogen. Ich stelle aber hiermit den Antrag, die Dringlichkeit wiederherzustellen. (Lachen.)

Präsident: Ich bedaure, mich darauf nicht mehr einlassen zu können, daß Sie jetzt noch nachträglich den Antrag auf Dringlichkeit stellen.

Miller (Komm.): Dann hätten Sie die Geschäftsordnung richtig führen müssen.

Präsident: Damit ist unsere heutige Tagesordnung erschöpft.

Henke (U. S.): Es hat sich heute unzweifelhaft ergeben, daß aus der Unkenntnis der Geschäftsordnung manche Schwierigkeiten entstehen. Ich möchte deshalb das Präsidium ersuchen, schleunigst dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung ein Exemplar dieser Geschäftsordnung bekommt. Weiter möchte ich mir die Frage erlauben, wie es um unsere Geschäftsordnung überhaupt steht. Der Herr Präsident hat erklärt, daß er zunächst die frühere Geschäftsordnung anwenden wolle, und es ist dagegen ja kein Widerspruch laut geworden. Es wird aber doch schleunigst eine Kommission eingesetzt werden müssen zur Ueberarbeitung unserer Geschäftsordnung, und diese Geschäftsordnungskommission soll dann ihrerseits so schleunigst arbeiten, daß wir sehr bald den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung vor uns haben. Sonst müßten wir entschieden Widerspruch erheben gegen eine Geschäftsordnung, die noch den Hausknechtsparagraphe enthält, der auch in unsern Tagen noch zu Recht bestehen soll. Das möchte ich zum Ausdruck bringen, und ich hoffe, daß der Präsident meinem Wunsche Folge leisten wird. Dann wird sich in der nächsten Sitzung schon über manches ruhiger verhandeln lassen.

Präsident: Ich habe bereits vorhin gesagt, daß wir auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die

Wahl einer Kommission für Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung setzen wollen. Im übrigen ist unsere Tagesordnung damit erledigt.

Ich habe noch eine Bitte. Meine Damen und Herren! In unserer früheren Bürgerschaft war es Sitte, daß für unsere Verhandlungen das sogenannte akademische Viertel eingehalten wurde, und daß infolgedessen unsere Sitzungen stets eine Viertelstunde später begannen. Ich möchte Sie bitten, in Zukunft pünktlich zu erscheinen, denn ich habe die Absicht, die Sitzungen pünktlich zu eröffnen zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie eingeladen sind. Ich bitte Sie: unterstützen Sie mich darin durch rechtzeitiges Erscheinen. (Bravo.)

Henke (U. S.): Ich kann mir vorstellen, daß unsern Herrn Präsidenten noch vieles mit seinen Parteifreunden verbindet. Aber ich muß ihn bitten, uns doch gleichmäßig zu behandeln, daß er in Zukunft nicht immer nach links hinüber redet, sondern auch nach rechts. Und dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Antrag der kommunistischen Partei gar keinen Sinn mehr hat, wenn er auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen soll. Er handelt davon, daß unsere Verhandlungen heute nicht unter einem gewissen Odium stehen sollen. Deshalb ersuche ich die Kommunisten, diesen Antrag zurückzuziehen. Wenn Sie wollen, daß in der nächsten Sitzung nicht wieder unter einem solchen Odium verhandelt werden soll, dann müssen Sie sich rechtzeitig erkundigen, wie die Dinge hier liegen, und dann aufs neue einen Dringlichkeitsantrag einbringen für die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Für die nächste Sitzung hat der heutige Antrag gar keinen Sinn mehr.

Präsident: Ich möchte Herrn Henke dahin aufklären: ich habe durchaus nicht die Absicht, nur nach links zu reden. Aber augenblicklich blendet das Licht, und aus diesem Grunde habe ich nach links geredet. Ich hoffe, daß diese Aufklärung genügt.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß 6 Uhr 4 Minuten.

Woll eine Kommission für die Untersuchung einer
Eigenschaft haben wollen. Der Herr ist nicht
abgeneigt, damit einverstanden zu sein.
Ich habe noch eine Bitte. Wenn Sie
Gutachten an unsere Kollegen schreiben, so
soll die Sprache einfach und verständlich
sein. Ich bitte Sie, darauf zu achten.
Ich danke Ihnen sehr für Ihre
Zusammenfassung der Verhandlungen.
Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...

Die Verhandlungen haben sich
in der letzten Sitzung
auf die Punkte ...
beendet. Die Kommission
hat beschlossen, ...
zu empfehlen. Ich bitte
Sie, dies in Ihren
Bericht zu übernehmen.
Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...

Ich habe noch eine Bitte.
Wenn Sie Gutachten
schreiben, so soll die
Sprache einfach und
verständlich sein.

Ich danke Ihnen sehr
für Ihre Zusammenfassung
der Verhandlungen.

Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...

von der Sache gesprochen hat den Herrn ...
die Sache abgelehnt. Ich bin also der
Meinung, dass die Sache abgelehnt werden
soll. Ich bitte Sie, dies in Ihren
Bericht zu übernehmen. Ich danke
Ihnen sehr für Ihre Zusammenfassung
der Verhandlungen. (Lachen)

Ich habe noch eine Bitte.
Wenn Sie Gutachten schreiben,
so soll die Sprache einfach und
verständlich sein. Ich danke
Ihnen sehr für Ihre Zusammenfassung
der Verhandlungen.

Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...

Ich habe noch eine Bitte.
Wenn Sie Gutachten schreiben,
so soll die Sprache einfach und
verständlich sein.

Ich danke Ihnen sehr für
Ihre Zusammenfassung der
Verhandlungen.

Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...

Ich habe noch eine Bitte.
Wenn Sie Gutachten schreiben,
so soll die Sprache einfach und
verständlich sein.

Ich danke Ihnen sehr für
Ihre Zusammenfassung der
Verhandlungen.

Mit freundlichen Grüßen,
Herrn Dr. ...